Rentenbankscheine in Höhe von 1200 Mill. Rentenmark zurückzuziehen u. die von der Rentenbank über die Reichsbank seinerzeit an die Wirtschaft gegebenen Kredite in Höhe von 870 Mill. Rentenmark abzuwickeln. Nachdem die Zurückziehung der Wirtschaftskredite im Geschäftsjahre 1927 vollendet worden war, bestand die Aufgabe der Deutschen Rentenbank, abgesehen von der Verwaltung ihres Vermögens, lediglich darin, an der weiteren Liquidierung des Umlaufs in Rentenbankscheinen, die für das Darlehen an das Reich ausgegeben worden sind, mitzuwirken. Diese Aufgabe hat die Deutsche Rentenbank dadurch erfüllt, daß sie zusammen mit dem Reich im gesetzlich vorgesehenen Rahmen die Mittel zur Tilgung der für das Reichsdarlehen ausgegebenen Rentenbankscheine aufgebracht hat. Zu diesem Zweck hat die Rentenbank alle aus den abgewickelten Krediten vereinnahmten Rentenbankscheine einem bei der Reichsbank gebildeten „Tilgungsfonds“ zur Vernichtung zuzuführen. Soweit Rückzahl. der Kredite nicht in Rentenbankscheinen erfolgt, hat die Deutsche Rentenbank den entsprechenden Betrag in gesetzlichen Zahlungsmitteln an die Reichsbank abzuliefern. Die Reichsbank hat dafür Rentenbankscheine im Verhältnis von einer Rentenmark = 1 RM aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten.

Die gesetzl. Bestimmungen über die Aufbringung der Mittel zur Einlös. der Rentenbankscheine haben durch die Verordn. des Reichspräsidenten v. 1./12. 1930 und durch den hierdurch bedingten Abschluß eines neuen Vertrages zwischen dem Reich, der Reichsbank, der Deutschen Rentenbank u. der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt eine durchgreifende Veränderung erfahren. Nach der neuen Fassung des Liquidierungsgesetzes bleiben die Grundschulden als Sicherheit für die Rentenbankscheine bestehen; die am 1./4. 1930 u. später fällig werdenden Grundschuldzinsen sind jedoch außer Hebung gesetzt worden. Die Reichsregierung ist indessen ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats u. eines Ausschusses des Reichstags die Erhebung der Zinsen vom nächstfolgenden Fälligkeitstage wieder anzuordnen. Für den Fall, daß die Erheb. der Zinsen wieder angeordnet wird, sind diese dem Tilgungsfonds zuzuführen; ihm fließen auch weiterhin die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes noch eingehenden rückständigen Zinsen u. die dem Reiche auf Grund des § 37 des Bankgesetzes jährlich anfallenden Anteile am Reingewinn der Reichsbank so lange zu, bis die im Umlauf befindlichen Rentenbankscheine getilgt sind, längstens jedoch bis zum 31./12. 1942. Reicht dieser Betrag zur Einlösung des Gesamtumlaufs an Rentenbankscheinen nicht aus, so ist das Reich auf Anfordern der Reichsbank verpflichtet, den Fehlbetrag zur Verfügung zu stellen, soweit die Deutsche Rentenbank dazu nicht in der Lage ist. Die Deutsche Rentenbank ist berechtigt, mit Zustimmung der Reichsregierung ihr Vermögen oder Teile davon auf die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt zu übertragen. Ein nach Ablauf der Abzugsfrist etwa im Tilgungsfonds verbleibender Rest fällt, ebenso wie das nach Beendigung der Liquidation noch vorhandene Vermögen der Deutschen Rentenbank, dem Reiche zu. Das geänderte Liquidierungsgesetz hebt ferner die Verpflichtung der Deutschen Rentenbank auf, die von ihr ausgegebenen Rentenbankscheine jederzeit auf Verlangen derart gegen ihre Rentenbriefe einzutauschen, daß auf 500 Rentenmark ein Rentenbrief über 500 Goldmark mit Zinslauf vom nächsten Fälligkeitstermin ab gewährt wird.

Zweck auf dem Gebiet der Osthilfe: Die durch das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz) vom 31./3. 1931 der Bank für deutsche Industrie-Obligat. übertragene Durchführung der Osthilfe war in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 von Schwierigkeiten bedroht, die sich aus der Tatsache ergaben, daß die Vorfinanzierung des Aufkommens aus der Industrieumlage infolge der veränderten Verhältnisse nicht in der Weise möglich war, wie es die zuständigen Stellen bei Erlaß des Osthilfegesetzes erhofft hatten. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, die Entschuldung im wesentlichen unbar durch Hergabe von Schuldverschreib. an die abzufindenden Gläubiger durchzuführen. Entsprechend einer Anregung der Reichsregierung hat sich die Deutsche

Rentenbank unter gewissen Voraussetzungen damit einverstanden erklärt, daß ihr die Ausgabe der Schuldverschreib. übertragen wird. Dies ist durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftl. Entschuld. im Osthilfegebiet (Entschuld.-Verordn.) vom 6./2. 1932 geschehen. Die Entschuld.-Verordn. sah vor, daß die Gläubiger, soweit ihre Forderungen im Entschuldungsverfahren abgelöst wurden, mit 4½proz. Schuldverschreibungen, sogen. **Osthilfe-Entschuldungsbriefen**, abgefunden werden sollten, die die Deutsche Rentenbank, Abteilung Osthilfe, ausgibt. Als Höchstbetrag der auszugebenden Osthilfe-Entschuldungsbriefe waren in dieser Verordnung 500 Millionen RM vorgesehen; daneben sollten die Gläubiger 100 Millionen RM in bar erhalten. Das beträchtliche Vorwiegen der unbaren Entschuldungsmittel führte bei den Akkordverhandlungen mit den Gläubigern zu begreiflichen Schwierigkeiten und verzögerte die Abwicklung erheblich. Im Laufe des Geschäftsjahres 1932 gelang es, durch Maßnahmen besonderer Art einen Weg zu finden, der eine fühlbare Erweiterung der Barentschuldung gestattete. Durch die Zweite Entschuldungsverordnung vom 21./10. 1932 wurde infolgedessen der Höchstbetrag der auszugebenden Osthilfe-Entschuldungsbriefe auf 350 Mill. RM herabgesetzt. Ferner wurden auch einige Änderungen hinsichtlich der für den Zins- und Tilgungsdienst der Osthilfe-Entschuldungsbriefe zur Verfügung zu stellenden Beträge im Wege der Verordnung vorgenommen.

Die Osthilfe-Entschuldungsbriefe sind gedeckt durch einen entsprechenden Betrag des freien Teils der Grundschuldbelastungen nach der Rentenbankgesetzgebung und durch die nachstelligen, auf Goldmark gestellten Hypotheken, die in Höhe der durch Hingabe von Osthilfe-Entschuldungsbriefen abgelösten Forderungen der Gläubiger für die Bank für deutsche Industrie-Obligationen als Treuhänderin der Rentenbank eingetragen sind. Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen verwaltet die Hypotheken im Einvernehmen mit der Rentenbank, solange die Entschuldungsbriefe nicht eingelöst sind. Die Einlösung, die durch Auslösung oder Rückkauf erfolgt, soll 1938 durchgeführt sein. Zur Verzinsung u. Tilgung der jeweils im Umlauf befindl. Entschuldungsbriefe sind nach Maßgabe der Erfordernisse des Zins- u. Tilgungsdienstes zu verwenden jährl. bis zu 56 Mill. RM von dem der Bank für deutsche Industrie-Obligationen zufließenden Aufkommen aus der Aufbringungsumlage in den Rechnungsjahren 1933 bis 1938, ferner jährlich bis zu 14 Millionen RM aus dem aus Reichshaushaltsmitteln gebildeten Betriebssicherungsfonds in den Rechnungsjahren 1933 bis 1938, weiterhin bis zu 70 % der Zins- u. Tilgungsbeträge der Entschuld.-Hyp zuzüglich der durch Tilgung der Hyp. u. Einlös. der Entschuldungsbriefe ersparten Zinsen und endlich jährlich bis zu 10 Millionen RM aus verfügbarem Reingewinn der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in den Jahren 1935 bis 1938. Aus diesen Posten werden vorweg gewisse Beträge zur Bildung einer Ausfallrücklage sowie zur Verzinsung gewisser Barumschuldungsmittel und der der Bank für deutsche Industrie-Obligationen zufließenden Aufbringungsumlage entnommen. Die Deckung der Osthilfe-Entschuldungsbriefe durch die als Deckung vorgesehenen Entschuld.-Hyp. wird von einem Treuhänder überwacht, der nebst Stellvertretern von dem Reichskommissar für die Osthilfe bestellt wird. Er versieht die auszugebenden Entschuldungsbriefe mit dem Vermerk, daß die vorschriftsmäßige Deckung vorhanden ist. Die Ausgabe der Entschuldungsbriefe durch die Ges. kann erst erfolgen, wenn die zugrunde liegende Entschuldungsbriefe im Grundbuche eingetragen ist und der Treuhänder die Hyp. als deckungsfähig anerkannt hat. Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen händigt den abzufindenden Gläubigern eine **Bescheinigung** über die Höhe der ihnen zu übergebenden Entschuldungsbriefe schon aus, sobald der unwiderrufliche Antrag auf Eintragung der Entschuld.-Hyp. gestellt ist. Wenn dann die grundbuchliche Eintragung durchgeführt ist, tauscht die Deutsche Rentenbank die Bescheinigung in Osthilfe-Entschuldungsbriefe ein. Die Gläubiger sind verpflichtet, die Bescheinigungen ebenso wie die Entschuldungsbriefe anzunehmen; die Hingabe